

"Wir werden weiterhin Druck ausüben" : zur Lage in den besetzten Gebieten

Autor(en): **Baumann, Bertrand**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Actio : ein Magazin für Lebenshilfe**

Band (Jahr): **97 (1988)**

Heft 6-7

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-975904>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

IKRK

Zur Lage in den besetzten Gebieten

«Wir werden weiterhin Druck ausüben»

Die massiv gestiegenen Spannungen in Cisjordanien und Gaza sind auch für das seit 1967 in dieser Region tätige IKRK nicht ohne Folgen geblieben. «Actio» sprach mit Michel Amiguet, dem Nahost-Verantwortlichen der Genfer Organisation über die Aktivitäten des IKRK in den besetzten Gebieten.

Interview: Bertrand Baumann
Actio: Kam der Ausbruch der Unruhen in den besetzten Gebieten im vergangenen Dezember für das IKRK überraschend? Musste es seine Tätigkeit in dieser Region neu ausrichten?

Nein, die Verschlechterung der Situation hat uns nicht überrascht. In den 20 Jahren, in denen wir nun in den besetzten Gebieten präsent sind, konnten wir die Entwicklung der Lage aus nächster Nähe mitverfolgen, und mit dem Ausbruch einer Krise war früher oder später zu rechnen. Die Besetzer bemühen sich zwar zweifelsohne, die Lebensbedingungen der Bevölkerung in diesen Gebieten zu verbessern, doch lässt sich das Phänomen einer schleichenden Annexion nicht leugnen. Auf Kosten der Bevölkerung werden systematisch Abhängigkeiten geschaffen, besonders durch das Errichten von administrativen oder sozialen Machtstrukturen, die ausschliesslich von den Besetzern kontrolliert werden und die traditionellen Verwaltungsstrukturen verdrängen. Der voraussehbare Wiederausbruch der Unruhen veranlasste uns schon im vergangenen Jahr, unser Budget zu verdoppeln und unsere Delegation personell erheblich zu verstärken, um grösseren Aufgaben gewachsen zu sein.

In welchen Bereichen mussten Sie vor allem reagieren?

Hauptsächlich beim Schutz der Personen, die im Zusammenhang mit den Unruhen verhaftet wurden. Bis zum vergangenen Dezember besuchten wir regelmässig etwa 4000 Gefangene pro Jahr. Seither sind nochmals etwa 5000 dazugekommen; sie

werden in acht verschiedenen neuen Hafteinrichtungen – hauptsächlich Militärlager – festgehalten, das heisst ausserhalb des uns vertrauten klassischen Strafvollzugskreises. Dieser massive Zuwachs an Häftlingen stellt uns natürlich vor Probleme: Unsere Mission besteht ja bekanntlich darin, die Gefangenen zu registrieren, uns zu vergewissern, dass die Haftbedingungen sowohl materiell als auch psychologisch zufriedenstellend sind, für die Zulassung von Verwandtenbesuchen zu sorgen und schliesslich jeden Häftling bis zu seiner Freilassung zu «begleiten». Diese Aufgaben können wir nur erfüllen, indem wir uns immer wieder den Gegebenheiten anpassen, insbesondere den «Bewegungen» der Gefängnisinsassen: Transporte, Verlegungen, vorzeitige Freilassungen. Seit Beginn der Verhaftungswelle haben wir für die Gefangenen schon erhebliche Verbesserungen erreicht.

Auf der anderen Seite haben wir – und das ist der zweite Schwerpunkt unserer Tätigkeit – unsere Präsenz vor Ort verstärkt, besonders in den «heissen» Zonen. Auf die Ordnungsgewalt hat das mit Sicherheit eine mässigende, ja sogar dissuasive Wirkung. In diesem Zusammenhang muss ich erwähnen, dass man uns in allen Unruhegebieten fast unbeschränkte Bewegungsfreiheit gewährt, was äusserst selten ist. Unsere Anwesenheit gibt ausserdem auch der Bevölkerung das Gefühl grosserer Sicherheit, was ebenfalls viel zur Beruhigung der Lage beiträgt.

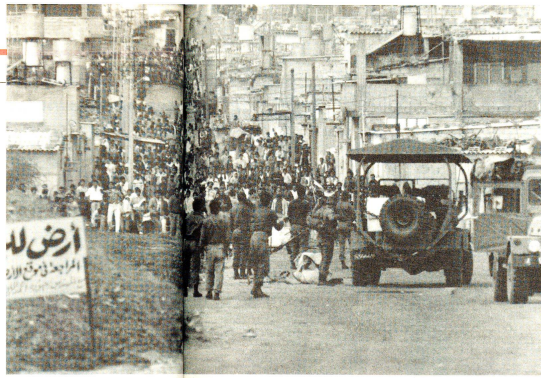
Trotz seiner Bemühungen muss das IKRK feststellen, dass die Repressionsver-

handlungen zunehmen, vor allem die Ausweisungen und die Zerstörung von Häusern, also Verletzungen des humanitären Völkerrechts.

Das stimmt. Aber gerade weil wir an Ort und Stelle zugegen sind und mit den Ereignissen in direktem Kontakt stehen, konnten wir die erwähnten Verstösse – sie haben auch Menschenleben gekostet – überhaupt erst systematisch aufzeigen. Da wir entweder direkte Zeugen waren oder sehr sorgfältige Nachforschungen anstellten, konnten wir den Behörden zu bestimmten Fällen ganz präzise Angaben machen und dadurch auf unsere Verhandlungspartner ständiger Druck ausüben. Dieses kompromisslose Vorgehen macht uns ihnen gegenüber auch glaubwürdig. Wir haben ganz allgemein die Anwendung von Waffengewalt verurteilt; wir halten sie für ein völlig unverhältnismässiges Mittel um bei Demonstrationen die Ordnung aufrechtzuerhalten. Insbesondere haben wir uns gegen die Ausweisung und die Zerstörung von Häusern gewandt, die Ausdruck einer vorsätzlichen Repressionspolitik sind. Bis heute haben unsere Vorstösse nichts gefruchtet, aber wir führen den freien und offenen Dialog mit den israelischen Behörden weiter und werden auch weiterhin Druck ausüben.

Können die Appelle des IKRK zur Einhaltung des 4. Genfer Abkommens zum Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten angesichts der Tatsache, dass Israel dieses Abkommen lediglich «de facto» aber nicht «de iure» anerkennt, überhaupt je Erfolg haben?

Für uns ist wichtig, dass das 4. Genfer Abkommen tatsächlich angewendet wird. Ob das aufgrund eines formellen oder eines pragmatischen Übereinkommens geschieht, ist zweitrangig. Israel beruft sich darauf, dass die Grenzen für das Gebiet des ehemaligen Palästina nie in irgendeinem inter-



Dezember 1987: Demonstration im Gazastreifen. «Wir wurden von der Verschlechterung der Situation nicht überrascht», sagt Michel Amiguet, IKRK-Verantwortlicher für den Nahen Osten.

nationalen Vertrag festgelegt wurden, somit nicht von einer Besetzung gesprochen werden kann und demgemäss der Schutz der Zivilbevölkerung gar nicht zur Debatte steht. Gestützt auf diese Argumentation, wendet es das 4. Abkommen «de facto» an. Es tut dies allerdings auf eine sehr selektive Art und Weise, die wir schon seit 20 Jahren kritisieren.

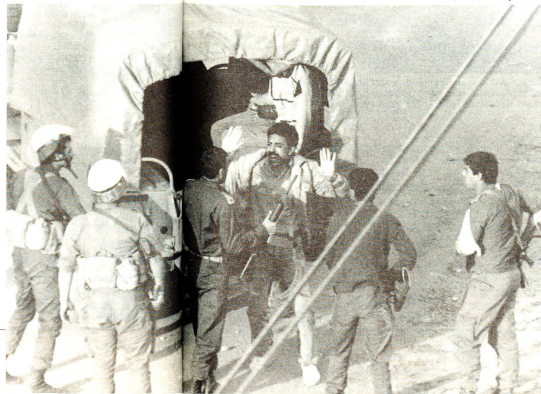
Wir sind unsererseits der Ansicht, dass eine militärische de-facto-Besetzung, wie sie zur Zeit besteht, dem Besetzer Verantwortung auferlegt. Das ist eine klare Haltung, die übrigens auch von der Völkergemeinschaft eingenommen wird. Der UNO-Sicherheitsrat hat in einer Resolution darauf hingewiesen, dass das 4. Genfer Abkommen nicht nur in den besetzten Gebieten anzu-

wenden ist, sondern auch in Jerusalem und auf den Golanhöhen, also in den Gebieten, die von Israel als «annektiert» bezeichnet werden. Diese Kontroverse wird man nur mit grösseren politischen Entscheidungen im Rahmen einer regionalen Konfliktregelung lösen können, die den Rahmen der IKRK-Tätigkeiten sprengen.

fürten ehemalige Häftlinge sogar Hungerstreiks durch, um gegen die Haftbedingungen zu protestieren. Das IKRK scheint einem unerwarteten Druck von seiten der Opfer, der Bevölkerung und der besetzten Gebiete, ausgesetzt. Muss es diesen Druck nicht bisweilen eindämmen, damit es seine Neutralität aufrechterhalten kann?

In Krisen, wie wir sie hier erleben, ist es normal, dass die Bevölkerung, die sich als Opfer einer ungerechten Situation betrachtet, ihren Protest öffentlich kundtut. Und im Falle der besetzten Gebiete

Während der jüngsten Unruhen sind rund 9000 Personen verhaftet worden.



(Bilder: Keystone)

finde ich es verständlich, dass sie es gerade bei uns tut, da wir ja seit zwanzig Jahren hier sind und uns für die Bevölkerung einsetzen. Unser «Firmenname» kennzeichnet uns zudem als Organisation mit internationaler Reichweite; das weckt bei den Protestierenden die Hoffnung, dass ihre Botschaft mehr Menschen erreicht, wenn sie uns als Kanal benützen. Manchmal vergisst man die Grenzen, die der humanitären Tätigkeit gesetzt sind, und will uns für die Suche nach politischen Lösungen und für grössere Aktionen einspannen. Jede humanitäre Tätigkeit findet in einem politischen Umfeld statt, und es ist unvermeidlich, dass wir immer wieder mit solchen Situationen konfrontiert werden. Für uns geht es darum, den Dialog mit allen Parteien und in erster Linie mit den Opfern aufrechtzuerhalten und dabei immer wieder auf die Grenzen unseres Auftrags hinzuweisen.

Zu den verurteilenswerten Praktiken, die die israelische Armee angewendet haben soll und die von gewissen Organisationen und von der Presse kritisiert wurden, gehört die missbräuchliche Verwendung von Tränengas und, schlimmer noch, der Einsatz von chemischen Kampfstoffen. Sind dem IKRK solche Ereignisse bekannt?

Was den zweiten Punkt betrifft, so muss man meiner Ansicht nach mit solchen Anschuldigungen äusserst vorsichtig sein. Selbstverständlich ist die Anwendung chemischer Waffen etwas, was das IKRK sehr stark beschäftigt, und zwar in allen bewaffneten Konflikten. Im vorliegenden Fall können wir jedoch in bezug auf die besetzten Gebiete nichts dergleichen bestätigen. Hingegen wurden wir, um auf den ersten Teil Ihrer Frage zurückzukommen, auf Fälle aufmerksam gemacht, wo Tränengas in geschlossenen Räumen verwendet wurde, was zu starken Schädigungen vor allem bei schwangeren Frauen führt. Auch hier haben wir bei den Besetzern interveniert und sie auf ihre Verpflichtungen hingewiesen.

Der Konflikt zwischen Israel und den besetzten Gebieten hat sich in einer sehr leiden-

schafflichen Atmosphäre entwickelt, die durch die Medien zusätzlich aufgeheizt wird. Bis heute hat das IKRK in Übereinstimmung mit seinem üblichen Vorgehen erst ein einziges Mal öffentlich Stellung genommen. Glauben Sie nicht, dass zwischen der Bilder- und Artikelflut in den Medien und dem manchmal verlegenen Schweigen, in das sich Ihre Institution hüllt, ein allzu grosses und für das IKRK letztlich negatives Missverhältnis besteht?

Das ist zugegebenermassen ein komplexes Problem. Ich glaube, wir müssen uns vorab nur eine einzige Frage stellen, nämlich, ob die Verbreitung von Informationen unsererseits über die Lage in den besetzten Gebieten dazu beitragen kann, die Situation der Opfer zu verbessern, oder nicht. Ich will damit nicht sagen, dass wir verheimlichen sollten, was wir tun. Ganz im Gegenteil, es ist für uns Ehrensache, alle Fragen der Presse über unsere bisherige und heutige Tätigkeit in der Region zu beantworten. Aber die Presse und das IKRK arbeiten meines Erachtens einfach nicht auf derselben Ebene. Die Informationen in den Medien betreffen meist den Augenblick, das «Hier und jetzt». Wir dagegen sind dazu verurteilt, auf lange Sicht zu arbeiten. Der Versuchung der Medien nachzugeben hiess, dem einen auf Kosten des anderen den Vortag zu geben, der Sache der Opfer, denke ich, wäre damit kaum gedient.

Eine Frage zum Schluss: Welche Bilanz ziehen Sie aus der Tätigkeit des IKRK seit Dezember, und wie sehen Sie die Zukunft?

Ich glaube, man darf sich keinen Illusionen darüber hingeben, wie schlimm die Situation nach wie vor ist, und dass sie sich auch in den kommenden Monaten noch verschlimmern kann. Es ist klar, dass die Krise nur mit einer politischen Lösung überwunden werden kann. Diese zu finden, ist nicht unsere Sache, sondern Sache der Völkergemeinschaft, und bis sie vorliegt, hat das IKRK den Auftrag und die Pflicht, die Opfer zu schützen. Umgekehrt haben diese stets und unter allen Umständen das Recht auf Schutz. □